

Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges Zum gegenwärtigen Forschungsstand

1. Vorbemerkung

Der Ausbruch großer Kriege ist seit je ein reich bestelltes und ergiebiges Feld der Historie. Eine lohnende Arbeit — auch im Zusammenhang der »modern« gewordenen Friedensforschung — wäre eine vergleichende Studie über die Erforschung der Kriegsschuldfrage von 1756, 1853/54 und 1914. Die Kontroversen über die Ursachen des Siebenjährigen Krieges sind ebenso scharf konturiert wie jene über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Vor genau hundert Jahren nahm die Erforschung der Ursachen des Siebenjährigen Krieges eine entscheidende Wende, als die ersten wissenschaftlichen, auf archivalischer Grundlage geschriebenen Studien von österreichischer und deutscher Seite erschienen¹.

Das Gewebe romantischer Legendenbildung, das sich um den als persönliche Fehde der drei Weiberröcke gegen den Philosophen von Sanssouci dargestellten Krieg rankte, wurde dadurch endgültig zerrissen. Die 1883 einsetzende Veröffentlichung der Politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen für die Zeit des Siebenjährigen Krieges führte schließlich zum Höhepunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage von 1756: zu der 1894—1896 ausgetragenen Kontroverse zwischen Albert Naudé, der an der These des Präventivkrieges Friedrichs festhielt, und Max Lehmann, der, von dem damals noch nicht veröffentlichten Politischen Testament Friedrichs von 1752 ausgehend, in den Aggressionsabsichten und Expansionsgelüsten des preußischen Königs den Hauptantrieb für den Kriegsausbruch in Europa sah². Lehmann hatte mit seinem persönlichen Diffamierungen nicht scheuenden Versuch, den Brennpunkt des Geschehens in der Vorgeschichte des Krieges von Wien (Absicht Kaunitz' und Maria Theresias zur Rückeroberung Schlesiens) nach Berlin zu verlagern (indem er Friedrichs »Rêveries politiques« von der Angliederung Sachsens, Pommerns und Westpreußens verabsolutierte), in der Fachwelt wenig Anklang gefunden, auch nicht in außerdeutschen Fachkreisen.

Die Veröffentlichung eines kapitalen Quellenbandes im Jahr 1912³, die dazu angetan war, die seitherige Diskussion auf eine völlig neue Grundlage zu führen, nämlich auf die bislang kaum beachteten in St. Petersburg gehegten Kriegsabsichten hinzuweisen, verfehlte ihre Wirkung, nicht so sehr wegen der sprachlichen Barriere, sondern wegen der in dieser Zeit heraufziehenden Kriegswolken. Erst 40 Jahre später wurden die russischen Quellen von dem englischen Historiker Herbert Butterfield wiederentdeckt und von ihm in zusammenfassender Weise

¹ A. Ritter von Arneth: Geschichte Maria Theresia's, Bd 4: Maria Theresia nach dem Erbfolgekriege, 1748—1756, Wien 1870; Aufzeichnungen des Grafen William Bentinck über Maria Theresia. Mit einer Einleitung: Über die österreichische Politik in den Jahren 1749—1755, hrsg. v. A. Beer, Wien 1871; L. v. Ranke: Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges, Leipzig 1871. (Wiederabdruck in: L. v. Ranke: Sämtliche Werke, Bd 40, Leipzig 1875, S. 61—270).

² Über die Kontroverse vgl. Th. Schieder: Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift, in: Historische Zeitschrift, Sonderbd 189 (1959), S. 38—45.

³ Sbornik imperatorskago russkago istoričeskago obščestva (Sammlung der Kaiserlich Russischen Historischen Gesellschaft), Bd 136, St. Petersburg 1912.

für eine neue Perspektive der Kriegsschulddiskussion ausgewertet⁴. Doch gebührt Butterfield das Verdienst der Wiederentdeckung keineswegs allein, wie das heute noch mancherorts gesagt wird. Fast gleichzeitig nämlich legte auch Walther Mediger seine weitgespannte Untersuchung über Rußlands Machtaufstieg in Europa nach Peter dem Großen, in der er die besagten russischen Quellen ausgiebig herangezogen hat, vor⁵. Ebenfalls zur gleichen Zeit nahm Max Braubach dem »Renversement des alliances« von 1756 den ihm bis dahin zugesprochenen Charakter des Revolutionären, indem er, vor allem auf Grund neu erschlossener französischer Quellen, die Genesis des österreichisch-französischen Bündnisses bis in die Zeit Fleurys zurückzuverfolgen vermochte⁶.

Nach dem heutigen Forschungsstand über den Ausbruch des Siebenjährigen Krieges kann gesagt werden, daß die Gefahr der Einkreisung Preußens 1755/56 weit aus größer war als die analoge Gefahr für Deutschland vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nicht nur, daß politische Allianzen und geheime militärische Absprachen zwischen Frankreich, Österreich und Rußland bestanden — oder doch in einem fortgeschrittenen Stadium der Ausarbeitung waren — der Wille zum Angriff gegen Preußen war vielmehr in St. Petersburg seit dem Sommer 1755 so unumstößlich, daß er selbst von Wien aus, dessen auf die Rückeroberung Schlesiens und die Zerschlagung Preußens gerichteten Absichten eigentlich kaum minder feststanden, noch im Sommer 1756 gebremst werden mußte. Das Wort Friedrichs des Großen: »Besser praevenire als praeveniri« ist durch die Offenlegung der russischen Kriegsabsichten in einem Grade begründet worden, wie ihn nicht einmal der preußische König selbst zeit seines Lebens für möglich gehalten hat.

2. Die russischen Kriegsziele

Über diesen Stand der Forschung vermag auch die kürzlich veröffentlichte Studie Herbert H. Kaplans⁷ kaum hinauszuführen. Trotz augenscheinlich intensiver Forschungen in den Archiven von Wien, London, Leningrad/Moskau und Paris ist sie kaum mehr als eine etwas ausführlichere Exposition des von Butterfield erbrachten Ergebnisses. Es ist die Absicht Kaplans, der sich ausdrücklich auf Butterfield, nicht jedoch auf Mediger, beruft, der politischen Willensbildung am russischen Hofe und der Formulierung der russischen Kriegsziele in den Monaten vor und unmittelbar nach dem preußischen Einmarsch in Sachsen (August 1756) nachzugehen. Der englisch-russische Subsidienvertrag vom 30. September 1755, den auf russischer Seite der anglophile, jedoch gegen Frankreich und Preußen feindlich eingestellte Großkanzler A. P. Bestužev-Rjumin durchgesetzt hatte und der in englischen Augen nach dem Ausbruch des Englisch-französischen Kolonialkrieges Ende 1754 den preußischen König in Schach halten sollte, war von Anfang an wertlos. Das lag nicht nur an der russischerseits lange hinausgezögerten Ratifizierung — was auf die Auseinandersetzung zwischen der vom Vizekanzler M. I. Voroncov geleiteten frankophilen Partei und der Gruppe um Bestužev zurückzuführen war —, sondern am Abschluß der Westminster-Konvention vom Januar 1756. Die Westminster-Konvention gab der Voroncov-Partei Oberwas-

⁴ In einem 1951 in Glasgow gehaltenen Vortrag: *The Reconstruction of an Historical Episode. The History of the Enquiry into the Origins of the Seven Years War*, in: H. Butterfield: *Man on his Past. The Study of the History of Historical Scholarship*, Cambridge 1955, S. 142—170 (zit. Butterfield: *Reconstruction*).

⁵ W. Mediger: *Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen*, Braunschweig 1952.

⁶ M. Braubach: *Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert*, Bonn 1952 (= *Bonner Historische Forschungen*, 2).

⁷ H. H. Kaplan: *Russia and the Outbreak of the Seven Years' War*, Berkeley, Los Angeles 1968.

ser und veranlaßte die russische Regierung, bei der Ratifizierung (12. Februar 1756) eine Erklärung abzugeben, nach der Rußland die verabredete militärische Diversion nur gegen Preußen, nicht auch gegen einen anderen möglichen Kriegsgegner Englands (etwa gegen Frankreich in Hannover) unternehmen werde.

Bestužev, der gleichermaßen preußenfeindlich war wie Voroncov, setzte im Frühjahr 1756 trotz seiner sich abzeichnenden Kaltstellung eine folgenreiche, den unbedingten Kriegswillen Rußlands manifestierende Maßnahme durch: die Schaffung eines geheimen Kriegsrates («Konferencija pri vysočajšem dvore»; etwa: Allerhöchste Staatskonferenz), der die gesamten Kriegsvorbereitungen und -anstrengungen Rußlands auf militärischem (Mobilmachung), diplomatischem (Bündnisverhandlungen) und administrativem Gebiet für den bevorstehenden Krieg zu koordinieren hatte. Bestužev erreichte allerdings die von ihm erhoffte Beherrschung des Kriegsrates nicht. Über die schon Monate vor Friedrichs Einfall in Sachsen vom Kriegsrat eingeleitete Mobilmachung der russischen Armee kamen dem König Nachrichten zu, die im einzelnen aber ungenau waren.

Die Furcht des Preußenkönigs vor der russischen Militärmaschinerie, die etwa 330 000 Mann, doppelt so viel wie die preußische Armee, zählte, ist bekannt; sie erklärt zu einem guten Teil seinen Entschluß zum Präventivkrieg. Ebenso wie sich die Furcht Mitteleuropas vor der russischen Militärmacht kontinuierlich von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus feststellen läßt, ist auch die Kontinuität der russischen Kriegsziele während dieses Zeitraums evident. Im Petersburger Kriegsrat vom Frühjahr 1756 wurden Vorschläge zu einer territorialen Neuordnung Ostmitteleuropas ausgearbeitet, die in nahezu gespenstischer Weise den sowjetischen Plänen im Zweiten Weltkrieg und unmittelbar danach ähneln: Für seine Militärhilfe an Österreich zur Rückgewinnung Schlesiens forderte Rußland die Zession Ostpreußens an Polen, das es dadurch mehr und mehr dem französischen Einfluß zu entziehen und zu einem russischen Vasallenstaat umzuformen hoffte, und die Einverleibung der polnischen Herzogtümer Kurland und Semgallen sowie einiger Gebiete an der polnisch-russischen Grenze. Maria Theresia hat ihre Zustimmung zu diesen Plänen gegeben und sie in dem österreichisch-russischen Bündnis vom 2. Februar 1757 bindend niedergelegt.

Die seit dem Österreichischen Erbfolgekrieg unterbrochenen diplomatischen Beziehungen Rußlands zu Frankreich wurden hinter dem Rücken Bestuževs allmählich, allerdings nicht ohne Schwierigkeiten, wieder angeknüpft; bei den Verhandlungen darüber spielte die Frage des Truppendurchmarsches durch Polen die größte Rolle. Bereits am 20. April 1756 ließ Zarin Elizabeth dem Wiener Hof ein gegen Preußen gerichtetes Offensivbündnis vorschlagen, in dem die territoriale Zerstückelung Preußens (außer den genannten Abtretungen Ostpreußens und Schlesiens wurde die Angliederung Pommerns an Schweden und Magdeburgs an Sachsen in Aussicht genommen) und der Kriegsbeginn noch für das Jahr 1756 vorgesehen waren. Die österreichische Bitte um Aufschub des Kriegsausbruchs, die am 9. Juni in St. Petersburg mitgeteilt wurde, erging nicht, weil der Wille zum Krieg in Wien fehlte, sondern weil der Rüstungsstand der österreichischen Armee mangelhaft und die Koordinierung mit der französischen Politik noch nicht bewerkstelligt war. Nicht dieser Aufschub des von Rußland fest ins Auge gefaßten Kriegsbeginns jedoch, sondern der preußische Einmarsch in Sachsen am 29. August 1756 hat es bewirkt, daß die Mit- und Nachwelt nahezu 200 Jahre auf der Suche nach dem Schlüssel der Entstehung des Siebenjährigen Krieges im Dunkeln tappte oder auf falschen oder für die Wahrheitsfindung weniger wichtigen Pfaden wandelte.

Kaplan hat es verstanden, diesen Sachverhalt noch einmal unmißverständlich darzulegen. Er hat es jedoch nicht fertiggebracht, neben den Hauptsträngen der Verwicklung auch den feineren Verästelungen nachzugehen. Seine skizzenhafte Darstellung wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht.

Die Berechtigung dieses Urteils wird dadurch unterstrichen, daß dem Verfasser wie wohl keinem Forscher zuvor archivalisches Material in einem Umfang zur Verfügung gestanden hat, der eine eingehendere Auswertung nahegelegt haben müßte. Das Buch macht deutlich, daß Diplomatiegeschichte — das will ein Großteil der jüngeren Forschergeneration in Deutschland heute nicht mehr wahrhaben — eine hohe Kunst ist, zu der ohne Geduld, ohne Ausdauer und ohne die Fähigkeit des Ausreifenlassens der Zugang für immer verschlossen bleiben wird.

Kaplan hat nach genau 124 Seiten Text auf 36 Seiten das Handwerkszeug aufgeführt, mit dem er gearbeitet hat (Quellenverzeichnis und so weiter) — eine wohl kaum vertretbare Proportionierung. Er hat sich darüber hinaus eine Reihe von Fehlgriffen in seiner Arbeitstechnik zuschulden kommen lassen: 1. Die wenigsten der im Literaturverzeichnis aufgezählten Werke sind im Anmerkungsapparat genannt. So wird in keiner einzigen Anmerkung die wichtige Arbeit von Mediger herangezogen. Nur auf das Buch von Oliva⁸ wird an mehreren Stellen verwiesen. 2. In den Anmerkungen werden in der Regel nur Archivalien genannt; dadurch entsteht der falsche Eindruck, daß die im Text niedergelegten Einsichten lediglich aus diesen Quellen, nicht auch aus den veröffentlichten gewonnen wurden. 3. Damit zusammenhängend ist es nicht vertretbar, Nachweise aus Archivalien zu bieten, wenn sie aus veröffentlichten Quellen erbracht werden können; zum Beispiel liegt die wichtige Denkschrift Bestuževs vom 30. Januar 1756 (S. 40) bereits im Voroncov-Archiv veröffentlicht vor⁹, der Beleg ausschließlich aus dem russischen Archiv ist also unnötig. 4. Eine in der angelsächsischen Geschichtsschreibung nicht selten anzutreffende Unsitte ist es, am Schluß eines Absatzes die gesamten dafür irgendwie in Frage kommenden Belege in einer einzigen Anmerkung zusammenzufassen. Dem Leser bleibt es dann überlassen, sich zurechtzufinden. Bei Kaplan führt dieses Verfahren dazu, daß in einer einzigen Anmerkung 15, ja 20 Absender beziehungsweise Empfänger diplomatischer Depeschen aneinandergereiht sind. 5. Schließlich ist es ein Schaden, wenn von den Ergebnissen der gesamten voraufgehenden Forschung keine Notiz genommen wird. Butterfield, von dem Kaplan die Inspiration zu seiner Studie empfangen hat, sagt an einer beherzigenswerten Stelle: »Everything that has been written since [seit der Auseinandersetzung in Deutschland von 1883/84 bis 1896] seems to represent a decline in scholarship. Some of our twentieth-century writing would have been better if it had even shown a knowledge of the work of nearly sixty years ago¹⁰.« Die umfassende Geschichte über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges unter Einschluß der russischen Quellen bleibt also noch zu schreiben.

In der heutigen sowjetrussischen Historiographie werden die im Siebenjährigen Krieg von Rußland gehegten Erwerbsabsichten auf polnisches Territorium keineswegs unterschlagen. Das wird zuletzt an dem kurzen Beitrag des russischen Militärhistorikers Jurij Robertovič Klokman¹¹ zu einem Überblick über die rus-

⁸ L. J. Oliva: *Misalliance. A Study of French Policy in Russia during the Seven Years' War*, New York 1964.

⁹ Archiv Knjazja Voroncova. Bumagi Grafa Michaila Larionoviča Voroncova (Archiv des Fürsten Voroncov. Papiere des Grafen Michail Larionovič Voroncov), Bd 4, Moskau 1872, S. 69—85.

¹⁰ Butterfield: *Reconstruction*, S. 153.

¹¹ J. R. Klokman: *Semiletnjaja vojna 1756—1763 gg.* (Der Siebenjährige Krieg 1756—1763), in: *Stranicy boevogo prošlogo. Očerki voennoj istorii Rossii* (Ein Blick in die Kriegsgeschichte.

sische Militärgeschichte deutlich. Klokman stützt sich bei seinen Aussagen nicht auf die genannten Quellen aus dem Voroncov-Archiv, sondern auf das über hundert Jahre alte Monumentalwerk zur russischen Geschichte des Historikers S. M. Solov'ev. Unter Berufung auf Solov'ev skizziert Klokman die territorialen Pläne Rußlands vor Ausbruch des Krieges folgendermaßen: Zarin Elizabeth habe gefürchtet, daß Friedrich II. sein Augenmerk nicht nur auf Kurland, sondern auch auf die von Rußland im Nordischen Krieg erworbenen baltischen Provinzen gerichtet habe. Nach den Vorstellungen des Kanzlers Bestužev sollte die preußische »Gefahr« gebannt werden, indem Preußen auf den territorialen Status von 1740 zurückgeführt würde.

Dieses Argumentieren mit den Aggressionsabsichten des Gegners zur Rechtfertigung der eigenen Handlungsweise auf seiten Elizabeths (wie auch auf seiten Friedrichs des Großen) ist nicht oder nicht nur als Verschleierung des eigenen Expansionsstrebens, sondern durchaus auch als Ausdruck einer fast psychotischen Furcht vor der wachsenden Macht des anderen anzusehen. Dieses psychologische Moment der teils begründeten, teils nur imaginär vorhandenen Furcht vor den geheimsten Absichten des Gegners, hat wie in jedem anderen der großen europäischen Kriege der Neuzeit gewiß auch in der Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges eine Rolle gespielt, nur wird nie exakt auszumachen sein, welches Gewicht ihm zuzusprechen ist, da die Grenze der historischen Methode dort erreicht ist, wo der Bereich des Irrationalen anfängt.

Der Hinweis auf einen solchen Angstkomplex zur Begründung des Verhaltens der russischen Regierung büßt indes seine Glaubwürdigkeit ein, sobald ihr handfest eigene Erwerbsabsichten vor 1756 nachgewiesen werden können, die über den Wunsch nach Wiederherstellung des status quo ante (1740) hinausgehen. Klokman spricht denn auch — wiederum unter Berufung auf Solov'ev — davon, daß die russische Westgrenze weiter nach Polen hinein verlegt, das heißt, daß die »in der Vergangenheit verlorenen Gebiete« Weißrußlands und der Ukraine an Rußland »rückgegliedert«, und darüber hinaus Kurland Rußland zugeschlagen werden sollten, um auf diese Weise »den Ostsee- und Schwarzmeerhandel zu verbinden und den gesamten Levantehandel in seinen [Rußlands] Händen zu vereinigen«. Polen war als Kompensation Ostpreußen zgedacht.

Hier fällt die Analogie zum Ersten (französisch-russische Geheimabsprache vom Frühjahr 1917) und zum Zweiten Weltkrieg (Aufteilung zwischen Rußland und Polen) um so mehr ins Auge, als Ostpreußen im Verlauf des Siebenjährigen Krieges nach vollzogener Besetzung (Vertreibung der preußischen Truppen unter Lewald) seine ursprüngliche Funktion als Tauschobjekt immer mehr verlor und russische Provinz werden sollte: Von seinem französischen Verbündeten ließ sich Rußland im Geheimartikel der österreichisch-russischen Konvention vom 1. April 1760 Ostpreußen für den Fall zusprechen, daß Schlesien und Glatz Österreich restituiert würden.

Oberflächlich und undifferenziert sind — was die preußischen Absichten angeht — die Ausführungen des russischen Historikers A. N. Kočetkov in seinem Artikel über den Siebenjährigen Krieg in der großangelegten Sowjetischen Historischen Enzyklopädie¹². Kočetkov, der von Friedrich dem Großen sagt, er habe Sachsen besetzen wollen, um es gegen Böhmen einzutauschen, seinem Bruder Hein-

Aufsätze zur Militärgeschichte Rußlands), Moskau 1968, S. 115—129. Vgl. jetzt auch G. G. Frumenkov: *Rossija i semiletnjaja vojna* (Rußland und der Siebenjährige Krieg), in: *Voprosy istorii* (1971), H. 9, S. 107—109.

¹² A. N. Kočetkov: *Semiletnjaja vojna 1756—1763* (Der Siebenjährige Krieg 1756—1763), in: *Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija*, Red. E. M. Žukov, Bd 12, Moskau 1969, Sp. 737—742.

rich den Herzogshut von Kurland verschaffen und Polen zu einem preußischen Vasallen herabdrücken wollen, wird gewiß auf Friedrich selbst als den Kronzeugen in dieser Sache hinweisen können und sich dabei mit den Ergebnissen des einen oder anderen westdeutschen Forschers¹³ in Übereinstimmung wissen. Doch ist man in der westlichen Forschung überwiegend der Auffassung¹⁴, daß Friedrichs Politisches Testament von 1752 in den entsprechenden Passagen nicht *prima facie* zu beurteilen ist, daß es sich hier nur um Wunschträume handelt und Friedrichs Politik unmittelbar vor 1756 nicht von Erwerbsplänen bestimmt war, sondern — analog der Außenpolitik Bismarcks nach 1871 — von der Sorge um die Sicherung des Erreichten. Eine Analyse der Mächtekonstellation der Jahre 1754/56 wird diese Auffassung im wesentlichen bestätigen. Friedrich hat nach 1752 nichts getan, um Situationen herbeizuführen, die aus seinen *Rêveries politiques* Wirklichkeit hätten werden lassen können. Diejenigen Mächte, die nach dem Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges den territorialen Status in Europa verändern wollten, waren Österreich und Rußland, nicht Preußen. Sie gedachten, die Bündnisvereinbarungen mit Frankreich und England für offensive Ziele einzusetzen, während letztere eben diese Absprachen getroffen hatten, um ein Überspringen des seit Ende 1754 in den nordamerikanischen Kolonien drohenden Konfliktes auf den europäischen Kontinent zu verhindern.

3. Die englische Politik

Der englische Altmeister der Diplomatiegeschichte des 18. Jahrhunderts, der kürzlich verstorbene David B. Horn, hat in einem Beitrag zur Festschrift für Herbert Butterfield auf die Bedeutung der außenpolitischen Aktionen des Herzogs von Newcastle, Leiter der englischen Außenpolitik zwischen Robert Walpole und dem älteren Pitt, für den »Umsturz der Bündnisse« von 1756 hingewiesen¹⁵. Die bisherige Forschung hat nach seiner Anschauung das antipreußische Element der »diplomatischen Revolution« zu einseitig durch die Brille Kaunitz' gesehen und ihren mindestens ebenso bedeutenden antienglischen Aspekt vernachlässigt. Newcastle müsse in gleichem Maße wie Kaunitz als Förderer dieser Revolution verstanden werden — allerdings in einem negativen Sinne. Durch zahlreiche Aktionen hat der geschäftige englische Außenminister das Zusammenfinden Österreichs und Frankreichs erleichtert. Seine wohlgemeinte, aber die eigentlichen Interessen Österreichs und die komplizierte Verfassungswirklichkeit des Reiches verkennende Initiative von 1750/51, den Erzherzog Joseph zum Römischen König wählen zu lassen¹⁶, hat Maria Theresia als unerträgliche Bevormundung empfunden. Durch ein damit zusammenhängendes System von Subsidienvträgen, mit

¹³ E. Bosbach: Die »*Rêveries politiques*« in Friedrichs des Großen Politischem Testament von 1752. Historisch-politische Erläuterung, Köln, Graz 1960; E. Ch. Broicher: Der Aufstieg der preußischen Macht von 1713 bis 1756 in seiner Auswirkung auf das europäische Staatensystem, Diss. Köln 1947 (Fotodruck 1955).

¹⁴ Zuletzt M. Braubach: Vorgeschichte und Ausbruch des Siebenjährigen Krieges, in: B. Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, 9. neu bearb. Aufl., hrsg. von H. Grundmann, Bd 2, Stuttgart 1970, S. 324—326; D. B. Horn: The Diplomatic Revolution, in: The New Cambridge Modern History, Vol. 7, Cambridge 1966, S. 440—464 (bes. S. 446 u. 449).

¹⁵ D. B. Horn: The Duke of Newcastle and the Origins of the Diplomatic Revolution, in: The Diversity of History. Essays in honour of Sir Herbert Butterfield, ed. by J. H. Elliott and H. G. Koenigsberger, London (1970), S. 245—268.

¹⁶ Vgl. zuletzt dazu R. Browning: The Duke of Newcastle and the Imperial Election Plan 1749—54, in: Journal of British Studies 7, 1 (1967), S. 28—47. In einem weiteren Beitrag vertritt R. Browning die Auffassung, daß die englisch-österreichische Allianz 1754 wieder gefestigt gewesen, durch die Westminster-Konvention jedoch erneut schwer erschüttert worden sei: The British Orientation of Austrian Foreign Policy, 1749—1754, in: Central European History 1 (1968), S. 299—323.

denen Newcastle einen Teil der deutschen Fürsten kaufen wollte, hat er nur einen unheilvollen Unruhgeist in das Reich gesetzt. Durch kränkende Belehrungen über die Beschränkungen der österreichischen Souveränität in den südlichen Niederlanden, die er als eine Art Kondominium Englands, der Niederlande und Österreichs (»a kind of common country«) ansah, hat er das Vertrauen der österreichischen Staatsführung in die Festigkeit des »alten Systems« gewiß nicht erhöht. Vor der Erfahrung des Österreichischen Erbfolgekriegs, daß dem Versuch, Frankreich durch das Barriersystem »einzuhegen«, kein Erfolg beschieden war, hat er die Augen verschlossen. Die elementare Feindschaft zwischen Preußen und Österreich hat er nicht gesehen oder nicht wahrhaben wollen. Die österreichischen Forderungen, nach denen England dem 4. Geheimartikel der österreichisch-russischen Konvention von 1746 (der die Rücknahme Schlesiens vorsah) beitreten und einen englisch-russischen Subsidienvvertrag zur Paralyse Preußens abschließen sollte, hat er, vom englischen Standpunkt aus gewiß zu Recht, abgelehnt. Den Subsidienvvertrag schloß er, als in Nordamerika die Ereignisse sich schlecht zu entwickeln begannen, dann doch ab. Diesen Vertrag sieht Horn als das »Zündhütchen« an, das die Ereignisse in Gang setzte, die schließlich zum ersten Vertrag von Versailles führten. Den Erfolg der österreichisch-französischen Zusammenführung habe Kaunitz¹⁷ also keinem Politiker mehr zu verdanken als dem Herzog von Newcastle.

Es bleibt zu hoffen, daß die angekündigte Biographie Newcastles von Reed Browning diesen Aspekt der »diplomatischen Revolution« von 1756 auf dem Boden einer breiteren Quellengrundlage bestätigt.

Der Siebenjährige Krieg ist der erste Weltkrieg der Geschichte. Sein Schwerpunkt liegt nicht eigentlich in Europa, sondern in Übersee — in Nordamerika und Indien. Während in Mitteleuropa, von Schlesien ausgehend, der Kampf um die Vorherrschaft zwischen Preußen und Österreich, der ein Jahrhundert währende »deutsche Dualismus«, einsetzte, ging es bei den kolonialen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und England um die Weltherrschaft.

In der Geschichtswissenschaft ist die Auffassung vorherrschend, daß der Friede von Aachen 1748 kein echter Friede gewesen sei, sondern nur ein Waffenstillstand, mehr noch in der Regelung der kolonialen Streitigkeiten als in der Beilegung der innereuropäischen Konflikte. Dieses Urteil ist indes zu leichtfertig gesprochen, da es ex post facto gefällt ist. Aufgabe des Historikers ist nicht, die Rolle eines Laudator temporis acti zu spielen und die Urteilsfindung nur an dem tatsächlichen Gang der Geschichte und den tatsächlichen Ergebnissen von Entwicklungen zu orientieren, sondern sie in enger Anlehnung an die Vorstellungen und Erwartungen der jeweiligen Hauptakteure selbst zu betreiben.

Diese Überlegung steht unausgesprochen, aber um so deutlicher hinter der Analyse, die Patrice Louis-René Higonnet über die englisch-französischen Streitigkeiten in Nordamerika in einem längeren Aufsatz bietet¹⁸.

Auf Grund der Durchleuchtung französischer und englischer archivalischer Quellen aus den Jahren 1754 und 1755 erkennt Higonnet in der Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges drei Phasen: durch die »Eskalation« von Ereignissen in Nordamerika (vor allem im Ohio-Becken) entwickelten sich die üblichen kleinen Zusammenstöße zwischen den englischen und französischen Kolonien zu einem

¹⁷ Über die Entwicklung der außenpolitischen Anschauungen Kaunitz' zwischen 1749 u. 1753 vgl. neuerdings W. J. McGill: *The Roots of Policy: Kaunitz in Vienna and Versailles, 1749—1753*, in: *The Journal of Modern History* 43 (1971), S. 228—244.

¹⁸ P. L.-R. Higonnet: *The Origins of the Seven Years' War*, in: *The Journal of Modern History* 40 (1968), S. 57—90.

größeren Kolonialkrieg; nach einer Kette weiterer Ereignisse wuchs aus dem Kolonialkrieg ein englisch-französischer Krieg hervor, und dieser weitete sich bald in einen fast ganz Europa in Mitleidenschaft ziehenden Weltkrieg aus. Für die Entstehung der ersten Phase macht Higonnet den französischen Gouverneur von Kanada, Duquesne, und den englischen Gouverneur von Virginia, Robert Dinwiddie, verantwortlich. Aus persönlichen Motiven hätten sie es fertiggebracht, ihre Regierungen — deren Leiter (Außenminister Rouillé und Staatssekretär Newcastle) in dem Streitobjekt, dem unbewohnten und kaum erforschten Ohio-Tal, keinen Grund für ernste Auseinandersetzungen sahen — zu kriegerischen Maßnahmen und Gegenmaßnahmen zu veranlassen. Weder Paris noch London wollte den Krieg, wie sich an den Akten mehrfach beobachten läßt. Higonnet vermag zum Beispiel nachzuweisen, daß ohne die Unterstützung Dinwiddies durch den Leiter des Board of Trade, Halifax, und ohne die Unterstützung der Ohio Company durch Dinwiddie Newcastle schwerlich den Entschluß gefaßt haben würde, es über das Fort Necessity zum Kampf kommen zu lassen. Denn bei Fort Necessity ging es tatsächlich nur um eine lokale Auseinandersetzung, nicht, wie Newcastle glauben gemacht wurde, um die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des englischen Kolonialreichs in Nordamerika.

Obwohl beide Regierungen sich bereits im Zugzwang fanden, war in der zweiten Phase, dem Stadium der von Europa aus gesteuerten begrenzten militärischen Aktionen und Reaktionen und der diplomatischen Verhandlungen, der Gang der Ereignisse noch nicht unumkehrbar. Immer wieder läßt sich feststellen, daß beide Regierungen es nicht bis zur Anwendung der Ultima ratio kommen lassen wollten. Doch innerpolitische Faktoren, vor allem aber der Umstand, daß die diplomatischen Posten in London und Paris in den entscheidenden Situationen von inkompetenten Geschäftsträgern besetzt waren, brachte beide Mächte auf die Bahn des allgemeinen Krieges.

Higonnets quellengesättigte Studie macht deutlich, daß es die ureigenste Aufgabe des Historikers ist, darzutun, daß Geschichte nicht der unaufhaltsame Gang eines Fatums oder Ausdruck eines unabänderlichen Gesetzes ist, sondern das Produkt einer Vielzahl von Faktoren, in denen menschliches Unvermögen (nicht immer auch böser Wille) nicht die geringste Rolle spielt; daß nur dann, wenn ein ganz bestimmtes Mischungsverhältnis dieser Faktoren zustandegekommen ist, das schreckliche Instrument des Krieges eingesetzt wird und daß durch eine Änderung dieses Mischungsverhältnisses Raum geschaffen werden kann für beide Parteien, sich noch friedlich zu einigen. Nach Higonnet ist der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges mehr auf folgenreiche diplomatische Fehleinschätzungen (»diplomatic misconception«) als auf das Wirken »unpersönlicher Kräfte«, wie Handelsrivalität oder Imperialismus, zurückzuführen.

4. Die Neutralitätspolitik Hollands

An der Nahtstelle der beiden großen Kriegstheater des Siebenjährigen Krieges, der Weltmeere und des europäischen Kontinents, liegt Holland, diejenige Seemacht, die seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sich zur Abwehr des französischen Hegemoniestrebens mit der emporsteigenden englischen Seemacht vereinigt hatte.

Über die Rolle Hollands im Siebenjährigen Krieg hatte die Forschung bisher nichts Wesentliches auszusagen vermocht, da Holland eine der wenigen neutralen Mächte war. Die englische Historikerin Alice Clare Carter hat diese Lücke mit

ihrem Buch über Holland im Siebenjährigen Krieg jetzt ausgefüllt¹⁹. Der Vorteil ihrer Studie ist, daß sie sich im Gegensatz zu allen bisherigen einschlägigen Darstellungen vornehmlich auf holländische Quellen stützt und dadurch klarmacht, daß die bisher verwerteten Berichte der diplomatischen Vertreter der Mächte in Den Haag ein schlechter Ersatz für die holländischen Quellen sind, die am besten Auskunft geben über die Motive für den Entschluß der Generalstaaten, in der heraufziehenden Auseinandersetzung neutral zu bleiben.

Carter vermag eine Reihe von Argumenten zusammenzustellen für ihr Kernargument, daß die holländische Neutralität weder von London noch von Paris aus bestimmt — wie die bisher in der Wissenschaft vertretenen wenig substantiierten Anschauungen lauten —, sondern von holländischen Politikern für holländische Ziele geformt wurde. Diese Ziele bestanden darin, die Handelsinteressen der Republik zu fördern. Daß die holländische Politik während des Krieges weder proenglisch noch profranzösisch, sondern nach einer Formulierung Carters proholländisch war, wird an der Genesis der Neutralitätserklärung vom Mai 1756, die uns in unserem Zusammenhang allein interessiert²⁰, deutlich genug. Obwohl England nach einem Vertrag aus dem Jahre 1678 die Gestellung von 6000 holländischen Söldnern forderte, hat die Republik die Entscheidung darüber immer wieder hinausschieben können, weil es England in der Folgezeit an dem nötigen Nachdruck für seine Forderung fehlen ließ. Wäre die Republik dieser Forderung nachgekommen — so läßt sich aus den Quellen schließen —, hätte sie es nur unter der Bedingung getan, daß England sich strikt zu der Holland in einem anderen früheren Vertrag verbrieften Regelung »frei Schiff, frei Gut« (für den neutralen Handel) bekannt haben würde. Obwohl von französischer Seite den Holländern der Neutralitätsstatus nahegelegt worden war, erklärte Holland seine Neutralität unter seinen eigenen, nicht den französischen Bedingungen, denn die Erklärung umfaßte Neutralität auch für die österreichischen Niederlande, ein Zusatz, gegen den Frankreich von vornherein protestiert hatte.

Carters Studie hat es klarer gemacht, warum ein geographisch so exponiertes Land wie Holland, das über bedeutende Durchgangsstraßen für den Handel zwischen Übersee und Mitteleuropa sowie zwischen Frankreich und Norddeutschland verfügte, im Siebenjährigen Krieg eine neutrale Rolle spielen konnte.

¹⁹ A. C. Carter: *The Dutch Republic in Europe in the Seven Years' War*, London, Basingstoke 1971.

²⁰ Zu weiteren Aspekten des Buches vgl. meine demnächst in der *Historischen Zeitschrift* 214 (1972) erscheinende Rezension.